

NDB-Artikel

Höpker-Aschoff, *Hermann* liberaler Politiker, preußischer Finanzminister, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, * 31.1.1883 Herford (Westfalen), † 15.1.1954 Karlsruhe. (evangelisch)

Genealogie

V Ernst H.-A. (1837–1914), Dr. phil., Apotheker, S d. Apothekers Joh. Georg Henr. Adolf H.-A. (adoptiert v. N. N. Aschoff) (1805–67) u. d. Joh. Louise Klingenberg;

M Helene (1845–1931), T d. Kaufm. Hermann Ludw. Menge in H. u. d. Anna Maria Wilh. Appold aus Hamburg;

⊙ Enger Kr. Herford 1910 Martha, T d. Zigarrenfabr. →Wilh. Osterwald (1851–1925) u. d. Emma Eick.

Leben

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Jena, München und Bonn (Promotion 1907) trat H. in den preußischen Justizdienst ein (Amtsgericht in Vlotho und Herford, Landrichter in Bochum, seit 1921 Oberlandesgerichtsrat in Hamm). Bei den Februar-Wahlen 1921 wurde er als Kandidat der Deutschen Demokratischen Partei im Wahlkreis Westfalen-Süd in den Preußischen Landtag gewählt, dem er bis 1932 (1930-32 zugleich Mitglied des Reichstags) angehörte. In engem Zusammenhang mit den Bemühungen der Weimarer Koalitionsparteien um die Sammelkandidatur Marx für die Reichspräsidentenwahl wurde H. am 31.3.1925 zum Preußischen Ministerpräsidenten gewählt. Die Einigung von Zentrum und SPD und die Ablehnung der Ministerpräsidentschaft durch H. (2.4.1925) ebneten den Weg für eine neue Regierung Braun, in der H. – wie schon im Übergangskabinett Marx (Februar 1925) – das Finanzministerium übernahm. Die langjährige Leitung des preußischen Finanzministeriums (Rücktritt 12.10.1931) hat das politische Profil H.s entscheidend mitgeprägt. Die wachsende Überzeugung von der Notwendigkeit einer zentralen Reichsfinanzverwaltung hat ihn zum entschiedenen Unitarier und, neben E. Koch-Weser, zum führenden Vertreter der Demokraten im Kampf um die Reichsreform werden lassen. Überdies ist es H. in starkem Maße gelungen, seine liberale Grundüberzeugung, die der Ideenwelt vornehmlich F. Naumanns, M. Webers und L. Brentanos verpflichtet war, über den Rahmen seines Ressorts hinaus in der preußischen Regierung zur Geltung zu bringen, so etwa als Bevollmächtigter der Staatsregierung bei den Konkordatsverhandlungen zwischen Preußen und dem Vatikan (1929).

Die 1929/30 im Zeichen der akuten Krise von Wirtschaft und Parlamentarismus im liberalen Lager verstärkten Bestrebungen zur Zusammenfassung

und Verstärkung der staatstragenden demokratischen Kräfte der Mitte haben H. zu einer parteipolitischen Führungsrolle im deutschen Liberalismus gebracht. Der Fehlschlag jener auf dem Zusammenschluß von Demokraten mit der (jungdeutschen) Volksnationalen Reichsvereinigung basierenden Staatspartei hat ebenso wie das Scheitern der vor allem von H. propagierten Idee, durch einen „Pakt zwischen Braun und Brüning“ die Staatskrise auf dem Wege der Reichsreform zu überwinden, entscheidend zur schließlich resignierenden Demission als Finanzminister und zum Rückzug aus der politischen Arena beigetragen.

|
In den Jahren zwischen 1933 und 1945, in denen H. völlig zurückgezogen in Bielefeld lebte, widmete er sich neben philosophischen vor allem finanzwissenschaftlichen Studien, die 1949/50 ihre Anerkennung in der Erteilung finanzwissenschaftlicher Lehraufträge verbunden mit einer Honorarprofessur (Münster und Bonn) fanden.

Auf Vorschlag der englischen Militärregierung trat H. in die am 6.10.1945 unter dem Oberpräsidenten Amelunxen gebildete westfälische Provinzialregierung in Münster als Generalreferent für Finanzen ein. Ohne zunächst ein Landtags- oder Parteimandat innezuhaben (Dezember 1948-50 Mitglied des Bundesvorstandes der FDP), wurde H. im September 1948 auf Grund seiner politischen Autorität von der nordrhein-westfälischen FDP-Landtagsfraktion in den Parlamentarischen Rat entsandt. Hier – wie im ersten Bundestag – wurde H., geprägt von den Erfahrungen der Weimarer Jahre, zu einem der konsequentesten Verfechter einer starken Bundes-Finanzverwaltung. In der wichtigen Frage des Verhältnisses der Finanzen des Bundes und der Länder hat er sich durch die Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Standpunkten der Besatzungsmächte einerseits und des Parlamentarischen Rats andererseits entscheidende Verdienste um das Zustandekommen des Grundgesetzes erworben.

Die Wahl H.s zum ersten Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts (4.9.1951) war Ausdruck eines uneingeschränkten Vertrauens der Parteien in die politische Integrität eines Mannes, der in seiner Person die Kontinuität liberal-demokratischen Denkens über die Jahre der NS-Herrschaft hinweg verkörperte. H. hat dem Bundesverfassungsgericht, trotz der nur kurzen Amtsdauer bis zu seinem Tode, das Gepräge jener absoluten richterlichen Unabhängigkeit zu geben vermocht, die das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit der noch jungen Demokratie entscheidend gefördert hat. |

Auszeichnungen

Dr. phil. h. c.

Werke

Besitzwille u. Eigenbesitz, Diss. Bonn 1907;

Dt. Einheitsstaat, Ein Btr. z. Rationalisierung d. Verwaltung, 1928;

Unser Weg durch d. Zeit, Gedanken u. Gespräche üb. d. Sinn d. Gemeinschaft, 1936;

Geld u. Gold, 1939;

Geld u. Währungen, 1948;

Die Wirtsch.verwaltung in Frankfurt u. d. dt. Finanzwesen, Vortrag, 1948;

Das Finanz- u. Steuersystem d. Bonner Grundgesetzes, in: Archiv d. öff. Rechts 75, 1949.

Literatur

Abschied v. H. H.-A., in: Bull. d. Presse- u. Informationsamtes d. Bundesregierung 13 v. 21.1.1954;

W. Henkels, in: Zeitgenossen, 1954;

Th. Heuß, in: Würdigungen, Reden, Aufsätze u. Briefe a. d. J. 1949–55, 1955;

F. Henning, Das liberale Porträt: H. H.-A., in: Liberal, hrsg. v. W. Rubin, G. Daub u. K.-H. Flach, Jg. 5, 1963, H. 1 (P);

ders., Ein westfäl. Politiker: H. H.-A., in: Westfalenspiegel 12, Nr. 7, 1963 (P);

Rhdb. I, S. 799 (P);

Reichstags-Hdb., V. Wahlperiode (1930), 1930 (P).

Autor

Günther Grünthal

Empfohlene Zitierweise

, „Höpker-Aschoff, Hermann“, in: Neue Deutsche Biographie 9 (1972), S. 349-350 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
